**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

**Band:** 120 (1994)

**Heft:** 12

Artikel: Nach dem "Ja" zur Alpeninitiative steht fest : die Nachbarländer der

Schweiz lassen sich die Transitsperre nicht gefallen : wie folgender

Beitrag zeigt, setzt die EU gar zu einem Gegenangriff an : die

Europäische Union will die Schweiz untergraben

**Autor:** Schaffner, Adrian

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-602592

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 26.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach dem «Ja» zur Alpeninitiative steht fest: Die Nachbarländer der Schweiz lassen sich d

# Die Europäische Unior

VON ADRIAN SCHAFFNER

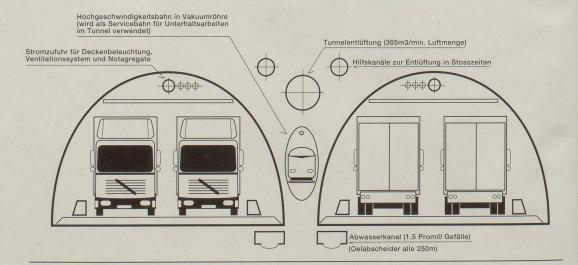
Unter Verschluss gehaltene Pläne der Europäischen Union (EU) beweisen es: Die Erbauer des Ärmelkanaltunnels «Eurotunnel» sind von der EU beauftragt worden, ein Vorprojekt zur Untertunnelung der Schweiz auszuarbeiten. Damit soll dem andauernden Transitstreit mit der Schweiz ein definitives Ende bereitet werden.

Möglich ist diese Untergrabung der helvetischen Souveränität dank einer Gesetzeslücke. Wie findige Politologen der Europäischen Union – wohl mit Hilfe des Departements Ogi – herausgefunden haben, ist es erlaubt, Schweizer Boden zu untertunneln, ohne dass die Bevölkerung Einspruch erheben kann. Einzige Voraussetzung dafür ist: Die Ein- und Aus-

fahrtöffnungen eines solchen Tunnels müssen ausserhalb des schweizerischen Hoheitsgebietes liegen. Trifft dies zu, kann eine solche Transitröhre als Zollfreistrasse betrieben werden, was bedeutet: Das betroffene Land hat aus völkerrechtlichen Gründen keine Einsprachemöglichkeit.

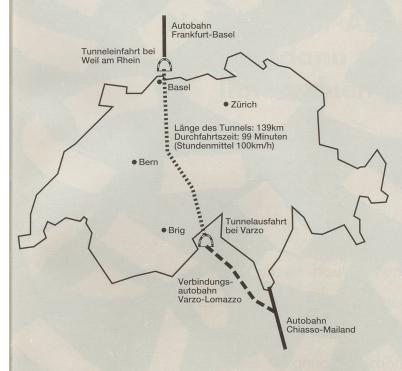
Mit dem Bau des Trans-Swiss-Tunnels erhofft sich die Europäische Union, von der schweizerischen Verkehrspolitik unabhängig zu werden. Und den Schaden zu begrenzen: Wegzölle, Schwerverkehrsabgaben und teure Bahntransporte können nur mit einer Untertunnelung der Schweiz vermieden werden. Einsparungen, die es den EU-Ländern leichtmachen, für den Bau der Achse rund 23 Milliarden Ecu aufzuwerfen, zumal die Bauwirtschaft von diesem ehrgeizigen Projekt profitiert. Ob auch einheimische Unternehmer berücksichtigt werden, hängt von der Kooperationsbereitschaft der Schweizer ab.

Überhaupt sind im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Transitachse noch einige Fragen offen. Unklar ist zum Beispiel, wie die Abgase aus der 139 Kilometer langen Röhre abgeführt werden sollen. Die Bestimmungen über Zollfreistrassen geben darauf keine detaillierte Antwort, und so wird es Teil der Verhandlungen sein, ob die Abgase mittels Entlüfungsschächten auf Schweizer Boden abgelassen werden dürfen. Konsequenterweise müsste die Abluft parallel zur Röhre bis zu den Tunnelportalen geführt und dorthin geschleudert werden, wo sie herkommt: ins Ausland.



Eurotunnel (Vorprojekt Zollfreitunnel Schweiz) Auftrag: EU N	r. 2668.900.78 Planungsvermerk: Klassifiziert Sicherheitsstufe 9	
Plannummer: 156.35/94 Querschnitt 1:100	Tunnelabschnitt: 256/34	156.35
Plan Deutsch Version 2.5	Gezeichnet: RT 12.1.1994 Geändert:	

## will die Schweiz untergraben



### Fakten und Zahlen zum **Swiss-Transit-Tunnel**

Nördlich von Basel bei Weil am Rhein soll eine doppelgeführte Tunnelröhre gegen Süden getrieben werden. Die Basistiefe des Tunnels wird bei 100 Meter unter Grund liegen. Geplant ist ein Untertagbau. Bei einer Gesamtlänge von 139 Kilometern wird die Südausfahrt des Tunnels bei Varzo, in der Nähe des Simplons, bei Domodóssola, liegen.

Bei einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 100 km/h kann die Schweiz per Lastwagen somit in bequemen 99 Minuten durchquert werden. Zollformalitäten fallen weg. «Eurotunnel» plant, das Südportal des Transit-Swiss-Tunnels mit der Autobahn Chiasso-Mailand zu verbinden. Ein Teil dieses Zubringers ist bereits im Bau. Die Planung sieht ferner vor, eine Raststätte auf halber Strecke im Bereich von Luzern zu erstellen. Nahe des Pilatus sollen ausgemusterte Tavernen der Schweizer Armee umgebaut und an den Transit-Swiss-Tunnel angeschlossen werden. Die leerstehenden Armee-Anlagen sollen ungefähr 400 bis 500 Lastwagen Platz bieten und werden momentan vom EMD zum Verkauf angeboten.

(Quelle: EU-Projektdossier 2668.900.78)

### KOMMENTAR Wir dürfen nicht kleinlich sein!

«Sollte die Schweiz als Konsequenz der Alpeninitiative Strassen sperren wollen, dann können die Schweizer nicht von uns verlangen, dass wir unsere Strassen für ihre Lastwagen öffnen», sagte der deutsche Verkehrsminister Mathias Wissmann letzte Woche in einem Radiointerview. Man könne nicht die eigenen Strassen schliessen, auf fremden aber weiterhin freie Fahrt verlangen, kritisierte der deutsche Minister weiter. Die Schweiz bewältige zudem den kleinsten Teil des Transitverkehrs.

Nun haben wir die Bescherung: Das Ausland wehrt sich gegen unser Ja zur Alpeninitiative und verweigert unseren Lastwagen die Durchfahrt. Das sei egal, werden die Grünen nun einwenden, denn unsere Lastwagen bräuchten gar keine Strassen zu benutzen, sondern könnten auf Schienen durchs Ausland brausen. Das ist falsch und typisch für die grüne Verblendung: Unsere Wirtschaft wird arg zu beissen haben, wenn wir Schweizer Qualitätsware nicht mehr per

Camion ins Ausland verfrachten können!

Seien wir also nicht kleinlich, wenn es darum geht, das Ja zum Schutz der Alpen abzufedern und unseren Nachbarn die Hand zur Versöhnung zu reichen. Die Europäische Union untergräbt mit ihrem Kanalprojekt wohl schweizerisches Hoheitsgebiet, allein: Wen stört's, wenn die 40-Tönner unterirdisch durch unser Land donnern? Wer sagt ausserdem, das ganze unter der Schweiz befindliche Erdreich gehöre uns? Solange die Schweizer nicht nutzen, was ihnen zu Füssen liegt, beispielsweise indem sie sich immer noch gegen die unterirdischen Endlagerung radioaktiver Abfälle wehren, sollten wir diese Chance wahrnehmen: Mit dem Lastwagenkanal nutzen wir das Erdreich, verbannen den Transitverkehr unter den Boden und verschaffen uns im Ausland wieder Freunde. Wenn wir die Europäer gewähren lassen, verlieren wir unterirdisch zwar Terrain, werden oberirdisch aber gewinnen. Und wieder frei atmen können! (bk)



Wer die Europäer gewähren lässt, hilft dem angeschlagenen Adolf Ogi!